

18.04.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4585

Chancengleichheit schaffen – Inklusion in der Kita auf ein breites Fundament stellen

Berichterstatlerin

Abgeordnete Eileen Woestmann

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 18/4585 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 18.04.2024/Ausgegeben: 19.04.2024

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag, Drucksache 18/4585, wurde durch das Plenum am 14. Juni 2023 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

B Beratung

Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat am 7. Dezember 2023 eine Anhörung zu diesem Antrag durchgeführt. Der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat sich pflichtig an der Anhörung beteiligt.

Zur Anhörung lagen folgende Stellungnahmen vor:

| eingeladen | Stellungnahme |
|---|----------------|
| Landschaftsverband Rheinland Köln | 18/1069 |
| Landschaftsverband Westfalen-Lippe Münster | |
| Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Köln | 18/1073 |
| Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln | |
| Städte- und Gemeindebund Düsseldorf | |
| Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf | |
| Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen c/o Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband NRW e. V. Wuppertal | 18/1067 |
| Landeselternbeirat NRW c/o Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstel- lung, Flucht und Integration (MKJFGFI) NRW Düsseldorf | 18/1066 |

| eingeladen | Stellungnahme |
|---|----------------|
| Susanne Wilms Menschen im Zentrum e.V. Mönchengladbach | 18/1060 |
| Der Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V. Wuppertal | 18/1057 |
| Verband Familienarbeit e.V. Ute Steinheber Althengstett | 18/1065 |
| Landesarbeitsgemeinschaft Familie NRW c/o eaf-nrw Dr. André Hartjes Düsseldorf | 18/1050 |

Das Wortprotokoll der Anhörung vom 7. Dezember 2023 liegt als Ausschussprotokoll APr 18/444 vor.

Eine Auswertung der Anhörung und die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgte in der Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 18. April 2024.

Die Fraktion der SPD wies darauf hin, dass es nach der Anhörung noch Fragezeichen gäbe, wie die UN-Kinderechtskonvention hier umgesetzt werden sollte. Es sei angesprochen worden, dass Differenzierungsräume notwendig seien und die Frage der Finanzierung dieser noch offen sei. Eine weitere offene Frage stelle sich mit Hinblick auf die Gruppenstärkenabsenkung und die Finanzierung der Förderung. Grundsätzlich sei auch die Finanzierung des Personals zu thematisieren. Schwerpunktkitas seien, so die Fraktion, zur Zeit die realistischste und zukunftsweisendste Option.

Die Fraktion der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hob hervor, dass Inklusion ein sehr wichtiges Feld und wie schwierig der Kampf um Teilhabe sei. Finanzierungsfragen und der aktuelle Fachkräftemangel seien in dieser Sache sehr relevant. Die Überführung von Kindern mit erhöhtem Förder- und Teilhabebedarf in neue Regelsysteme sei problematisch und benötige eine auskömmliche Finanzierung.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll APr 18/553 verwiesen.

Der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales votierte mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und FDP für die Ablehnung des Antrags.

Bei der Abstimmung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend wurde der Antrag mit den Stimmen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

C Ergebnis

Der federführende Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend empfiehlt, den Antrag, Drucksache 18/4585, abzulehnen.

Eileen Woestmann
stv. Vorsitzende